

Auf dem Weg in den 2. Weltkrieg

Zur Appeasementpolitik Großbritanniens und Frankreichs

Am Morgen des 7. März 1936 rückten drei Bataillone der Wehrmacht in das entmilitarisierte Rheinland ein. Garnisonen entstanden in Aachen, Trier und Saarbrücken. Zur gleichen Zeit wurde den Botschaftern in Paris, London, Rom und Brüssel die Erklärung der Hitlerregierung zum Einmarsch übergeben.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Rheinland von den Alliierten besetzt. Es war aus wirtschaftlichen Grün-

für den eigentlich durch das faschistische Deutschland erst zu einem späteren Zeitpunkt geplanten Einmarsch der eigenen Truppen gab es Anfang 1936 eine günstige Situation: Der damalige britische Premier MacDonald hatte schon auf der Konferenz von Lausanne 1932 die französische Regierung gedrängt, den deutschen Forderungen nach einer Revision des Versailler Vertrags nachzugeben. Dessen Beschwichtigungspolitik (Appeasement-Politik)



Am 16. März 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt

den und für die Rüstungspolitik von großer Bedeutung: Zur entmilitarisierten Zone gehörten Teile des Ruhrgebietes, des industriellen Zentrums Deutschlands und der Rüstungsindustrie. Im Friedensvertrag von Versailles wurde es Deutschland „untersagt, Befestigungen, sowohl auf dem linken Ufer des Rheins wie auch auf dem rechten Ufer

wurde in den Folgejahren auch von seinen Nachfolgern, vor allem von Neville Chamberlain, verfolgt. Deutschland konnte, auch nach der Machtübertragung an Hitler, davon ausgehen, dass Großbritannien trotz der Aufrüstungspolitik des faschistischen Deutschlands an Wirtschaftsbeziehungen und der Einbeziehung Deutschlands in ein



Legion Condor im Spanienkrieg (1936-39), Beladung eines Heinkel-Bombers

westlich einer 50 Kilometer östlich dieses Flusses gezogenen Linie beizubehalten oder zu errichten.“ Im Artikel 43 wurde Deutschland jegliche militärische Mobilmachung in dem Gebiet verboten. Sollte Deutschland die genannten Bestimmungen verletzen, würde dies als „feindliche Handlung gegenüber den Signatarmächten (...) und als Störung des Weltfriedens betrachtet.“ Im Vertrag von Locarno vom 1. Dezember 1925, den Deutschland freiwillig unterzeichnet und ratifiziert hatte, wurden diese Bestimmungen bekräftigt.

Die im Rheinland zusätzlich, auch gemäß des Versailler Vertrags, eigentlich auf 15 Jahre stationierten Truppen Frankreichs und anderer Staaten wur-

System der europäischen Sicherheit interessiert war und nicht an einer Zuspitzung oder gar einem militärischen Konflikt – was auch innenpolitische und ökonomische Gründe hatte. Das machte auch die Zurückhaltung der Westmächte im Zusammenhang mit der italienischen Aggression gegen Äthiopien deutlich. Anfang März war der Krieg dort bereits entschieden (vgl. UZ vom 29.1.). In Frankreich standen zudem Parlamentswahlen bevor, es war nicht absehbar, ob die bestehende Regierung eine Mehrheit der Franzosen für ein militärisches Vorgehen gewinnen könnte.

Nach außen begründete Hitler – noch am 7. März – im Reichstag die Besetzung mit der am 28. Februar 1936 erfolgten Ratifizierung des Beistandsvertrags zwischen Frankreich und der Sowjetunion im französischen Parlament und einer angeblichen Bedrohung, die dadurch für Deutschland entstehe.

Tatsächlich unternahm Deutschland einen weiteren Schritt, im Versailler Vertrag auferlegte Bestimmungen zu revidieren und günstige Voraussetzungen für die weitere Kriegsvorbereitungen zu schaffen.

Am Tag der Besetzung zeigte sich die französische Regierung lediglich erstaunt. Da Bestimmungen der Locarno-Verträge durch Deutschlands Vorgehen verletzt wurden, trat nach Auf-



Münchener Abkommen: Hitler und der britische Premier Chamberlain (r.)

fassung Frankreichs der Bündnisfall ein. Frankreich hätte bei einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland durch die Briten unterstützt werden müssen, was die britische Regierung ablehnte. Daraufhin verstärkte Frankreich lediglich seine Truppen entlang der Maginot-Linie und wandte sich – ohne Folgen – an den Völkerbund.

Die Appeasement-Politik setzte sich fort, als Hitlerdeutschland und Italien in Spanien die Putschisten im Kampf gegen die Spanische Republik mit Waffen und Truppen unterstützten. Die „Nichteinmischungspolitik“ Großbritanniens und auch Frankreichs begünstigte ebenso wie die US-Politik der „Neutralität“ die Putschisten, Waffenlieferungen an die Franco-Truppen wurden nicht unterbunden.

Großbritannien protestierte 1938 auch nicht gegen den „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland. Im Sommer 1938 konzentrierte das faschistische Deutschland Truppen an der Grenze der Tschechoslowakei. Mit Hilfe der Henlein-Faschisten wurden im Sudetengebiet die Konflikte zwischen der deutschen Minderheit und der tschechischen Bevölkerung bewusst geschürt. Auf einer internationalen Konferenz in München Ende September 1938, an der die Tschechoslowakei nicht beteiligt wurde, gaben Großbritannien und Frankreich nach und schlossen mit Hitler das Münchner Abkommen.

Nach seiner Rückkehr erklärte der britische Premier Chamberlain

am 30. September 1938, er habe einen ehrenvollen Frieden mitgebracht: „Ich glaube, es ist der Friede für unsere Zeit. ... Nun gehen Sie nach Hause und schlafen Sie ruhig und gut.“ Diese Haltung wurde im Land nicht von allen geteilt. Bei der Debatte im Unterhaus wurde der Premierminister am 3. Oktober 1938 von wütenden Zwischenrufen

Der Annexion der sudetendeutschen Gebiete am 1. Oktober 1938 folgte im März 1939 die Besetzung der gesamten Tschechoslowakei. Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen der 2. Weltkrieg. Die Appeasementpolitik der bisherigen britischen Regierungen und auch Frankreichs gaben dem



Nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens am 29.9.1938 okkupiert das faschistische Deutschland erst das Sudetenland (Bild oben) und 1939 den Rest Tschechiens. Danach beginnt Deutschland mit dem Überfall Polens den zweiten Weltkrieg.

unterbrochen, er solle sich schämen. Chamberlain verteidigte die Preisgabe der Tschechoslowakei, die Teile ihres Staatsgebietes abtreten musste, dieser „kleinen und ritterlichen Nation“, mit dem höheren Ziel eines „echten Friedens“ für Europa.

faschistischen Deutschland nicht nur Zeit zum Ausbau seiner militärischen Stärke, zur Erprobung von Waffen wie in Spanien, sondern auch zur Erringung wichtiger strategischer und ökonomischer Vorteile bei der Vorbereitung des Krieges. UZ



Foto: wikimedia.org/public domain



Foto: wikimedia.org/public domain

den mit der Annahme des Young-Planes durch Deutschland vorzeitig bis zum 30. Juni 1930 abgezogen. Dies setzte jedoch in keiner Weise die Bestimmungen über die Entmilitarisierung außer Kraft.